

## Antrag

### DA1 - NEU Kürzung in der Kinder- und Jugendhilfe: Nicht mit uns!

**Antragssteller\*innen:** BDKJ DV Paderborn, BDKJ DV Essen, BDKJ DV Münster, BDKJ DV Aachen, BDKJ DV Köln (dort beschlossen am: 26.04.2026)

#### Antragstext

1 In den vergangenen Monaten wird zunehmend sichtbar, dass einzelne politische  
2 Entscheidungsträger\*innen Finanzierung und Strukturen der Demokratiebildung  
3 sowie der Kinder- und Jugendhilfe infrage stellen. Dies geschieht in einer  
4 Phase, in der demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement  
5 ohnehin unter Druck stehen und soziale Ungleichheiten zunehmen. Besonders  
6 betroffen sind junge Menschen, die kein oder ein nur sehr eingeschränktes  
7 Mitspracherecht haben.

8 Zuletzt veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband ein internes  
9 Arbeitspapier, in dem Vertretungen der Bundesregierung, einzelne Bundesländer  
10 und der kommunalen Spitzenverbände vorschlagen, drastische Kürzungen in  
11 Milliardenhöhe bei Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe vorzunehmen.

12 Kürzungen im Sozialstaat schaden nicht nur den Betroffenen selbst, sondern auch  
13 unserer Demokratie. Sie führen zu einer stärkeren Stigmatisierung einzelner  
14 Gruppen, was zu einer zunehmenden Spaltung in der Gesellschaft beiträgt. Das  
15 Vertrauen in Entscheidungsträger\*innen und unser politisches System insgesamt  
16 nimmt ab, wenn die Kinder- und Jugendhilfe einer rein wirtschaftlichen Logik  
17 unterworfen wird und dabei nicht soziale Sicherheit und Menschenwürde im  
18 Mittelpunkt steht.

19 Als Jugend- und Diözesanverbände im BDKJ kritisieren wir die im Arbeitspapier  
20 formulierten Vorschläge und appellieren an die Verantwortlichen, die Jugendhilfe  
21 an den Bedarfen junger Menschen auszurichten. Die bekannt gewordenen Vorschläge  
22 für massive Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe sind ein alarmierendes  
23 Signal – für junge Menschen, für ihre Rechte, für die Gegenwart und Zukunft  
24 unserer Gesellschaft.

25 Betroffen wären ausgerechnet junge Menschen, die ein Recht auf besonderen Schutz  
26 haben. Konkret geht es um mögliche Verstöße gegen die UN-  
27 Behindertenrechtskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention. Das Arbeitspapier  
28 enthält Kürzungen in Maßnahmen für junge Menschen mit körperlicher und geistiger  
29 Behinderung, für wohnungslose junge Menschen, für junge Geflüchtete und  
30 Alleinerziehende. Es geht um zentrale Leistungen, die Teilhabe sichern, Chancen

31 eröffnen und soziale Ungleichheit abbauen sollen. Soziale Ungleichheit herrscht  
32 unter anderem da, wo weniger finanzieller Mittel zur Verfügung stehen, Kinder in  
33 unsicheren Familienverhältnissen aufwachsen und Diskriminierung geschieht.  
34 Schwierige Startbedingungen dürfen durch die Einschränkung von  
35 Unterstützungsmaßnahmen nicht verstärkt werden. Die Vorschläge würden  
36 Folgekosten verursachen und gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen.

37 Wir kritisieren besonders, wie diese Debatte geführt wird: ohne Transparenz,  
38 ohne die Einbeziehung der Fachpraxis und ohne die Stimmen junger Menschen  
39 selbst. Eine solche Politik an den Betroffenen vorbei schwächt Vertrauen in  
40 demokratische Prozesse. Sie reiht sich ein in eine Entwicklung, in der  
41 Beteiligung zunehmend unter Druck gerät und zentrale sozialpolitische  
42 Entscheidungen zunehmend entkoppelt von den Lebensrealitäten junger Menschen  
43 getroffen werden. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen braucht  
44 es eine Politik, die junge Menschen stärkt, ihre Rechte schützt und ihre  
45 Perspektiven ernst nimmt. Dazu gehört auch, sie konsequent an Entscheidungen zu  
46 beteiligen, die ihr Leben betreffen.

47 Das Arbeitspapier enthält zudem Vorschläge zur Umstrukturierung der Kinder- und  
48 Jugendhilfe, wie die Einschränkung des Subsidiaritätsprinzips nach §4 SGB VIII.  
49 Das Subsidiaritätsprinzip als Lehre aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus  
50 besagt, dass staatliche Angebote erst dann geschaffen werden sollen, wenn  
51 geeignete Angebote freier Träger nicht vorhanden sind. Ziel ist die Stärkung von  
52 Eigenverantwortung, staatliche Unabhängigkeit, Trägervielfalt und der  
53 Ausrichtung der Hilfe am Bedarf junger Menschen. Wird dieser Grundpfeiler  
54 unterlaufen – etwa wenn freie Träger nicht ausreichend einbezogen oder  
55 strukturell gestärkt werden – verschiebt sich das System hin zu stärkerer  
56 staatlicher Steuerung und weniger Trägervielfalt.

57 Wir erwarten daher von politischen Entscheidungsträger\*innen:

- 58 • Transparenz statt Hinterzimmerpolitik: Entscheidungen über die Zukunft  
59 junger Menschen dürfen nicht im Verborgenen getroffen werden.
- 60 • Verbindliche Beteiligung junger Menschen und ihrer Vertretungen: Wer  
61 betroffen ist, muss gehört und ernsthaft einbezogen werden.
- 62 • Stärkung statt Kürzung: Kinder- und Jugendhilfe ist eine Investition in  
63 Demokratie, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt – kein Einsparposten.
- 64 • Ein klares Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip: Die Stärkung von  
65 Trägervielfalt ist eine Errungenschaft, kein unnötiger Kostenfaktor.

66 Kinder- und Jugendhilfe in ihrer vielfältigen Form ist wichtig für eine plurale  
67 Demokratie. Wir begeben uns in dieser Kürzungsdebatte nicht in Konkurrenz um

68 finanzielle Mittel. Unsere Solidarität gilt allen, die von vorgeschlagenen und  
69 tatsächlichen Kürzungen betroffen sind. Ein guter Sozialstaat fördert den  
70 Zusammenhalt in unserem Land - jede Investition in die Zukunft junger Menschen  
71 zahlt sich aus.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.